

Gastbeitrag von Klemens Joos

Die EU ist unverzichtbar – muss aber die Mutter all ihrer Probleme überwinden

Tellen Pocket 47



Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, hält ihre Rede im Europäischen Parlament. Jean-Francois Badias/AP/dpa

FOCUS-Magazin-Autor [Klemens Joos](#)

Dienstag, 28.05.2024, 15:05

Die EU ist unverzichtbar, das zeigt der Blick auf die Weltlage. Bei den Bürgern ist das aber noch nicht angekommen. Die Union braucht eine Reform, um ihr wichtigstes Problem zu beheben.

Es stimmt ja: Die **Europäische** Union ist herausgefordert wie selten in ihrer Geschichte. Wenn nicht alle Vorzeichen trügen, wird die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni **vor allem die Rechtspopulisten stärken**. Der Migrationspakt ist verabschiedet, aber die Migration alles andere als unter Kontrolle. In der Frage der Ukraine-Hilfe gehen tiefe Risse durch den Kontinent. Und es mangelt auch nicht an grundsätzlichen Herausforderungen.

Mir ist das alles nur zu bewusst, ich habe mehr als einmal die Defizite der EU thematisiert. Gleichwohl bin ich auch heute noch ein zutiefst überzeugter Europäer und halte den Kritikern und Skeptikern des europäischen Projekts entgegen: In einer globalisierten Welt ist die EU schlicht unverzichtbar, für Bürger und Unternehmen alternativlos! Sie ist ein beispielloses Erfolgsmodell. Und wir sollten alles tun, um ihre Erfolge nicht aufs Spiel zu setzen.

Die Realität zeigt die Notwendigkeit der EU

Um zu diesem Ergebnis zu kommen, reicht der Blick auf die Wirklichkeit. Denn die EU hat sich seit ihrer Gründung als geniales Friedensprojekt erwiesen. Zwischen ihren Mitgliedsstaaten wurden und werden keine Kriege geführt. Ein Blick nach Osten zeigt, dass das heute alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist.

Genauso wichtig ist: In einer Welt mit acht Milliarden Menschen bietet die EU mit ihren 450 Millionen Bürgern eine notwendige Grundmasse, um global über hinreichenden Einfluss zu verfügen. Kein EU-Mitglied allein – auch Deutschland nicht – wäre in der Lage, im Konzert der großen Player USA, **China** und bald auch Indien seine Interessen durchzusetzen.



Prof. Dr. Klemens Joos, EU-Experte und TUM-Honoraryprofessor.

Nadine Stegemann

Über den Gastautor

Prof. Dr. Klemens Joos lehrt an der Technischen Universität München, seit 2022 als Honorarprofessor für Betriebswirtschaftslehre. Er ist Vorstandsmitglied der Europäischen Akademie Bayern und Träger des Bayerischen Verdienstordens. Joos ist Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der EUXEA Holding GmbH, einer Unternehmensgruppe mit 18 Gesellschaften.

Unter Verweis auf die ökonomische Dynamik in den USA oder in China wird der EU schon seit geraumer Zeit angelastet, die Wirtschaft eher zu lähmen als zu beflügeln. Auch hier lohnt ein Blick auf die Realität. Denn nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen haben die **Briten** die EU verlassen und damit an einem Experiment unter realen Bedingungen teilgenommen. Die Ergebnisse sind mehr als ernüchternd.

Denn wo ist der versprochene Boom der britischen Wirtschaft nach dem Brexit? Wo sind die prophezeiten Freihandelsabkommen mit anderen Staaten oder Regionen? Stattdessen mussten 50.000 neue Zollbeamte eingestellt werden, um die Folgen des Ausstiegs aus dem Binnenmarkt und damit aus der Freizügigkeit für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zu verkraften.

Auch die weitverbreiteten Schnecken-tempo-Vorwürfe gegen die EU lasse ich nicht gelten. Zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten benötigten nach ihrer Gründung über 100 Jahre und einen Bürgerkrieg, um ihren Einigungsprozess abzuschließen. Im Vergleich dazu ist die EU im Highspeed-Tempo unterwegs.

Den Bürgern ist die Bedeutung der EU nicht bewusst

Schwerer wiegt aus meiner Sicht ein anderer Punkt: eine falsche Wahrnehmung in weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch in Teilen der Eliten in den Mitgliedstaaten über die zentrale Bedeutung der EU für alle Bürger und Unternehmen. Ursächlich dafür ist nach meiner Meinung eine unzureichende Auseinandersetzung mit der EU.

De facto haben wir heute schon die Vereinigten Staaten von Europa. Ein Beispiel dafür ist der enorme Bedeutungsverlust der mitgliedstaatlichen Politik: 70 bis 80 Prozent der mitgliedstaatlichen Gesetze haben ihren Ursprung in der EU. Dessen sind sich die meisten Bürger und Unternehmen gar nicht bewusst.

Das Ergebnis lässt sich am aktuellen Wahlkampf zum Europäischen Parlament ablesen. Die existenziellen Fragen der EU wie die nach der eigenen Verteidigungsfähigkeit für den Fall, dass **Donald Trump** erneut US-Präsident werden sollte, oder nach dem Verhältnis von Ökonomie und Ökologie spielen kaum eine Rolle. Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Die Europawahl besteht aus nationalen Wahlgängen in den 27 Mitgliedsstaaten. Es gibt also 27 mitgliedstaatliche Wahlkämpfe. Das verstärkt die Neigung der Politiker, vor allem die mitgliedstaatliche Politik im Europawahlkampf zu thematisieren. Außerdem erschwert das Sprachproblem das Entstehen einer EU-Öffentlichkeit, in der europäische Themen debattiert werden könnten. Entsprechend wenig Interesse bringt das Gros der Medien für „Europa“ auf.

Die EU folgt anderen Regeln als die Mitgliedsstaaten

Der Urknall für die EU von heute war der Vertrag von Lissabon 2009, der die Gewichte deutlich Richtung Europa verschoben hat. Das EU-Parlament ist heute gleichberechtigter Entscheider zum Rat, und in zentralen Politikfeldern wie Justiz, Landwirtschaft, Innen- und Außenhandel wurde das Einstimmigkeitsprinzip abgeschafft. Beschlüsse können seither mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden, was die mitgliedstaatliche Souveränität in vielen Bereichen einschränkt. Wenn der deutsche Bundeslandwirtschaftsminister heute eine Regelung verhindern will, reicht es nicht mehr, wenn er sein Veto einlegt. Er muss sich vielmehr um qualifizierte Mehrheiten bemühen.

Um in Brüssel erfolgreich zu sein, ist es wichtiger denn je, **die komplexen Entscheidungsprozesse** zu verstehen. Denn dort mischen die Präsidentin der EU-Kommission, ihre acht Vizepräsidenten und 18 EU-Kommissare, 27 Regierungschefs, 705 Abgeordnete und mehr als 300 mitgliedstaatliche Fachminister mit. Hinzu kommen über 30.000 Beamte der EU-Kommission, die über erheblichen Einfluss verfügen.

Außerdem gibt es in der EU keine Regierungs- oder Oppositionsfraktionen wie in mitgliedstaatlichen Parlamenten. Jedes Vorhaben der EU-Kommission benötigt eine „neue“ Mehrheit im EU-Parlament und im Rat. Der informelle Trilog, bei dem Entscheider von Rat, EU-Kommission und EU-Parlament inoffiziell zusammenkommen, um Details auszuhandeln, spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Obwohl dieser Prozess nicht offiziell in den EU-Verträgen verankert ist, werden 89 Prozent aller Verordnungen, Rechtsakte und Richtlinien im informellen Trilog und damit bereits nach der ersten Lesung beschlossen.

Eine EU-Reform ist unausweichlich

Dennoch ist eigentlich allen Beteiligten klar, dass die EU in ihrer jetzigen Verfasstheit einen weiteren Komplexitätsschub infolge des Beitritts weiterer Staaten nicht verkraften würde. Eine Reform, die die EU demokratischer und effizienter machen würde, ist unausweichlich.

So sollte das Prinzip der Einstimmigkeit – für mich die Mutter aller EU-Probleme – vollständig aufgegeben werden. Und das Europäische Parlament sollte anstelle der Mitgliedsstaaten die Spitzen der EU-Kommission bestimmen und ein eigenes Initiativrecht erhalten.

Das wird nicht von heute auf morgen geschehen, aber ich habe keine Zweifel: Die EU wird sich ihren Weg in die Zukunft bahnen. Denn sie ist nicht nur too big, sondern vor allem too important to fail – für die Bürger und Unternehmen in einer globalisierten Welt.

https://www.focus.de/politik/ausland/europawahl/gastbeitrag-von-klemens-joos-die-eu-ist-unverzichtbar-muss-aber-die-mutter-all-ihrer-probleme-ueberwinden_id_259985487.html

The EU is indispensable - but must overcome the mother of all its problems

(Prof Dr Klemens Joos, EU-Expert and TUM Honorary Professor)

FIRST PUBLISHED ONLINE IN "FOCUS ONLINE" (28.05.2024)

A look at the global situation shows that the EU is indispensable. However, the citizens have not yet realised this. The Union needs a reform to solve its most important problem.

It is true that the European Union is challenged as rarely before in its history. If all the signs are not deceptive, the elections to the European Parliament on 9 June will strengthen the right-wing populists in particular. The migration pact has been adopted, but migration is anything but under control. The issue of aid to Ukraine is causing deep rifts across the continent. And there is no shortage of fundamental challenges.

I am only too aware of all this; I have discussed the EU's shortcomings more than once. Nevertheless, I am still a deeply convinced European today and counter the critics and sceptics of the European project: In a globalised world, the EU is simply indispensable, with no alternative for citizens and companies! It is an unrivalled model of success. And we should do everything we can not to jeopardise its successes.

Reality shows the necessity of the EU

A look at reality is enough to come to this conclusion. Since its foundation, the EU has proven to be an ingenious peace project. No wars have been or are being waged between its member states. A look to the East shows that this is anything but self-evident today.

It is just as important: In a world of eight billion people, the EU, with its 450 million citizens, offers a necessary basic mass to have sufficient global influence. No EU member state alone - not even Germany - would be able to assert its interests in the concert of the major players USA, China and soon also India.

About the Guest Author

Prof Dr Klemens Joos teaches at the Technical University of Munich and has been an Honorary Professor of Business Administration since 2022. He is a board member of the European Academy of Bavaria and a recipient of the Bavarian Order of Merit. Joos is the founder and managing partner of the EUXEA Holding GmbH, a group of 18 companies.

With reference to the economic dynamics in the USA or China, the EU has long been accused of paralysing the economy rather than stimulating it. Here, too, it is worth taking a look at the reality. After all, it was not least for economic reasons that the British left the EU and thus took part in an experiment under real conditions. The results are more than sobering.

Where is the promised boom in the British economy after Brexit? Where are the prophesied free trade agreements with other countries or regions? Instead, 50,000 new customs officers had to be hired to cope with the consequences of leaving the single market and thus the free movement of people, goods, services and capital.

Further, I do not accept the widespread accusations of snail's pace against the EU. By way of comparison, it took the United States over 100 years and a civil war to finalise its unification process after it was founded. In comparison, the EU is travelling at high speed.

The citizens do not realise the importance of the EU

In my view, another point is more serious: a misperception among large sections of the population, but also among parts of the elites in the Member States, about the central importance of the EU for all citizens and companies. In my opinion, the reason for this is an inadequate confrontation with the EU.

De facto, we already have the United States of Europe. One example of this is the enormous loss of importance of member state policy: 70 to 80 per cent of member state laws originate in the EU. Most citizens and companies are not even aware of this.

The result can be seen in the current election campaign for the European Parliament. The existential questions of the EU, such as its own defence capability in the event that Donald Trump should become US president again, or the relationship between economy and ecology, hardly play a role. The reasons for this are multi-layered.

The European elections consist of national ballots in the 27 member states. There are therefore 27 member state election campaigns. This reinforces the tendency of politicians to focus on member state politics in the European election campaign. In addition, the language problem makes it difficult to create an EU public sphere in which European issues could be debated. Accordingly, the majority of the media show little interest in "Europe".

The EU follows different rules than the member states

The big bang for the EU of today was the Treaty of Lisbon in 2009, which clearly shifted the balance in favour of Europe. The EU Parliament is now an equal decision-maker to the Council, and the unanimity principle has been abolished in key policy areas such as justice, agriculture, internal and external trade. Since then, decisions can be taken by qualified majority, which restricts the sovereignty of member states in many areas. If the German Federal Minister of Agriculture wants to prevent a regulation today, it is no longer enough for him to use his veto. Instead, he must endeavour to obtain qualified majorities.

To be successful in Brussels, it is more important than ever to understand the complex decision-making processes. This is because the President of the EU Commission, her eight Vice-Presidents and 18 EU Commissioners, 27 heads of government, 705 MEPs and more than 300 specialised ministers from the Member States are all involved. In addition, there are over 30,000 EU Commission officials, who wield considerable influence.

Furthermore, there are no government or opposition groups in the EU as there are in member state parliaments. Every project of the EU Commission requires a "new" majority in the EU Parliament and the Council. The informal trilogue, in which decision-makers from the Council, EU Commission and EU Parliament meet unofficially to negotiate details, plays a decisive role here. Although this process is not officially anchored in the EU treaties, 89 per cent of all regulations, legal acts and directives are adopted in the informal trilogue and therefore after the first reading.

An EU reform is inevitable

Nevertheless, everyone involved realises that the EU in its current form would not be able to cope with a further increase in complexity as a result of the accession of additional states. A reform that would make the EU more democratic and efficient is unavoidable.

For example, the principle of unanimity - for me the mother of all EU problems - should be completely abandoned. And the European Parliament should appoint the heads of the EU Commission instead of the Member States and be given its own right of initiative.

This will not happen overnight, but I have no doubt that the EU will pave its way into the future. Because it is not only too big, but above all too important to fail - for citizens and companies in a globalised world.